

Reflexive und praktische Beteiligung sowie Demokratiebildung junger Menschen – eine komplexe Herausforderung für die Kinder- und Jugendarbeit

Die aktuellen Ausgangsbedingungen für die neuerliche Beschäftigung mit Partizipation, Beteiligung und Demokratiebildung sind ambivalent und paradox; und sie werden bereits sichtbar in der Begründung der aktuellen Themenkonjunktur. Dabei ist es längst nicht ausgemacht, ob nun berechtigterweise „Demokratie-Alarm“ herrscht, der weidlich durch Medien, Hysterie und Paranoia beflügelt wird – oder ob es sich dabei um eine normale und mit den Mitteln der Demokratie beherrschbare Herausforderung handelt: „Demokratien müssen immer wieder mit der Tatsache umgehen, dass nicht alle in ihnen lebenden oder auf sie Einfluss nehmenden Menschen Demokraten oder demokratisch eingestellt sind; dass es Gefahren für den Bestand der Demokratie geben kann.“ (Engelmann 2017, S.24; vgl. Liebold u.a. 2018, Mannewitz 2018).

Paradox ist ebenfalls die Ausgangslage für die Kinder- und Jugendarbeit, sofern Erkenntnisse ernst genommen werden, denen zufolge eine Demokratie auf zahlreichen Funktionsvoraussetzungen (Schmidt 2010) beruht, an die die Kinder- und Jugendarbeit allein nicht heranreichen kann, die sie aber gleichwohl mit sozialpädagogischen Mitteln bearbeiten soll. Die aktuellen Befunde zur Demokratiegefährdung sind nämlich keineswegs nur Auswirkungen böser Mächte, sondern stets auch Versäumnisse der „etablierten“ Politik. Wo die Problemlösungskapazitäten bzw. unzureichende Responsivitäten einer solchen Politik wichtige gesellschaftliche Fragen (Umwelt, Wohnen, Gesundheit, Pflege, Steuern, Zuwanderung) nicht bzw. der Problematik nicht angemessen aufgreifen und bearbeiten, wird der Alltagswert der Demokratie jenseits von pathetischen Demokratiebeschwörungen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen kaum ersichtlich. In einer vorrangig „marktkonformen Demokratie“ (A. Merkel), – im Sinne der sog. WEIRD-Regime (Western – Educated – Industrialized – Rich – Democratic) – die wesentlich von den etablierten Bevölkerungsschichten getragen wird (Schreyer 2018), reicht es nicht aus, lediglich und wiederholt zu beteuern, dass Demokratie „irgendwie gut“ ist.

Selbstverständlich ist es das legitime Anliegen einer demokratischen Gesellschaft, den eigenen Fortbestand möglichst zu sichern. Aber dieser Fortbestand darf nicht statisch sein, sonst wäre kein gesellschaftlicher Wandel vorstellbar. Allein das durch etliche Antinomien charakterisierte elastische System der Demokratie ist in der Lage, permanent neue Impulse aufzunehmen, und sich durch eine außergewöhnliche Flexibilität immer wieder zu erneuern. Dazu zählt nicht zuletzt die strukturell verankerte Rolle der Opposition. Demokratie ist nur vorstellbar als „facettenreiche Demokratie“, wobei jede Facette eine Chance zur Innovation und Erneuerung ebenso wie ein

Einfallstor für Deformationen sein kann: allein die Dosis macht das Gift (Paracelsus). Vor diesem Hintergrund wird leicht übersehen, dass Demokratie eben kein eindeutiges, sondern ein höchst uneindeutiges Phänomen ist, welches zudem kein Beschwichtigungs- oder Befriedigungs-, sondern vielmehr immer auch ein genuines Streit- und Konfliktpotenzial beinhaltet und somit „[...] dem Bedarf der Demokratie an Integration, Harmonie und Homogenität die gleichberechtigte Akzeptanz von Vielheit, Heterogenität und Konflikt gegenübersteht“ (Hidalgo 2017, S. 222).

Spätestens hier ist darauf hinzuweisen, dass im politikwissenschaftlichen Diskurs eine durchaus markante Unterscheidung getroffen wird zwischen „dem Politischen“ und „der Politik“, welche auch für die Kinder- und Jugendarbeit von Belang ist (vgl. Bedarf/Röttgers 2010). In dieser Lesart beschreibt „die *Politik*“ die in Institutionen erstarrte Bewegung des Politischen; gemeint sind die historischen Formen der Bestimmung, Legitimation und Durchsetzung von Herrschaft als Varianten des Politischen, z.B. einer bestimmten Staatsform: „Die Politik“ ist der Normalfall. „Das Politische“ hingegen umschreibt die Potenzialität kollektiven Handelns gegenüber „der Politik“. Das Politische ist das eigentliche Feld, auf dem sich Interessen und Konflikte abspielen, ohne dass daraus bereits eine bestimmte Politik abzuleiten wäre; hier ereignen sich Unruhe, Innovation, Bewegung und Disput; „das Politische“ ist die Unterbrechung des Normalfalles – und damit geraten unweigerlich auch Machtfragen in den Fokus: „Die Demokratie ist ein politisches System, in dem die Zulassung und Austragung von Konflikten nicht zu dessen Auflösung führt, sondern das im Gegenteil ein zentrales Wesensmerkmal daraus bezieht, eine solche Hegung des politischen Streits zu vermögen und deshalb nicht dazu genötigt ist, Konflikte zu unterdrücken oder gewaltsam zu lösen“ (Hidalgo 2017, S. 253).

Vor diesem Befund gibt es drei Schlussfolgerungen für die Partizipation und das (sozialpädagogisch unterstützte) Engagement von Kindern und Jugendlichen:

- Partizipation, Engagement und alle anderen staatlich zunächst unregulierten Formen und Aktivitäten sind notwendig „dem Politischen“ zuzuordnen und damit unausweichlich „Störungen“ der etablierten Routinen. Partizipationsförderung ist also keine Harmoniestrategie, sondern impliziert immer auch Konfliktstrategien. Wer diesen Konflikten ausweicht, oder sie lediglich glätten will, wird den damit verbundenen Ansprüchen kaum gerecht.
- „Die Politik“ ist aber auch dringend auf innovative Zufuhr aus der Zone des „Politischen“ angewiesen; nur so kann sie sich erneuern und fit halten. Dabei ist nicht alles, was als Konflikt daherkommt, auch sogleich positiv, im Sinne demokratieförderlicher Aktivitäten, zu bewerten. Andernfalls könnte man durchaus auch z.B. Hate Speech im Netz als spezifische Form bürgerschaftlichen Engagements einordnen; und auch Pegida hat alle Merkmale einer sozialen Bewegung – nur hat beides nichts mit Demokratie zu tun.
- Und so ist es im Sinne wirksamer Beteiligung absolut notwendig, dass die Aktivitäten des Politischen irgendwann auch einmal „die Politik“ erreichen,

zumindest darauf abzielen. Denn wenn partizipative Impulse nur als folgenloses Rumoren und Protestieren, als Aufruhr, Renitenz und Subversion sichtbar werden und die institutionellen Verankerungen nicht erreicht, verbleiben sie im Stadium folgenlosen „Partizipationsgelabers“.

Demokratie ist ein historisch über Jahrhunderte gewachsenes politisches Ideal, aber Menschen werden nicht als Demokraten geboren: „Demokratie ist die anstrengendste und verletzlichste Gesellschaftsform, die wir kennen. (...) Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsform, die in ständig erneuerter Kraftanstrengung gelernt werden muss.“ (Negt 2010, S. 511). Spätestens an dieser Stelle kommen die verbandliche und die kommunale Kinder- und Jugendarbeit als spezifisch sozialpädagogische Akteure ins Spiel. Zweifellos gehören Beteiligung und Partizipation¹ zur DNA pädagogischen Handelns schlechthin, und auch der § 8 SGB VIII (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) weist diese Thematik als gesetzlichen und historisch tief verankerten Grundbestand dieses Handlungsfeldes aus. Es wäre jedoch allzu zu einfach, die aktuell mit der Demokratiebildung verbundenen Anforderungen lediglich aus diesen Traditionsbeständen heraus zu begründen („Können wir alles schon.“ „Haben wir immer schon gemacht“) und sich eilends als „Werkstätten der Demokratie“ zu positionieren; denn damit werden etliche entscheidende neue Herausforderungen unterlaufen. Diese bestehen zum einen darin, dass die Kinder- und Jugendarbeit im Spannungsfeld von pädagogischen und politischen Arenen agiert und ihre demokratiepädagogischen Aufgaben bildungs- und erfahrungswirksam arrangiert (Lindner 2014). In allen demokratiebildenden Aktivitätsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit kann mit dem „Arrangieren“ *eine intentional „hergestellte“ Lernsituation* beschrieben werden, die sich idealtypisch durch die tendenzielle Abwesenheit eindeutiger Lernaufforderungen auszeichnet. Bildungsabsichten werden weniger ausgesprochen (als Direktive, Befehl oder Instruktion), sondern sind gleichsam im Arrangement aufgehoben bzw. darin eingelassen. In einem austarierten (und bewusst auszugestaltenden) Verhältnis von Freiheit und ihren Rahmungen liegen alle Chancen und spezifischen Vorzüge des Arrangierens, aber auch alle Risiken. Denn dem Unvorhersehbaren wird eine eigene Zone eingeräumt, innerhalb deren den Lernenden *Spielräume für die eigenen Such- und Erprobungsprozesse* eröffnet werden und sie selbst entscheiden können, ob und was sie lernen wollen. Allerdings ist ebenso unabweisbar, dass die Fachkräfte die Verantwortung für dieses Arrangement innehaben und diese nicht einfach auf die Jugendlichen abwälzen können – ihre Rolle als „professionelle Lernhelfer, die Lernen

¹ Die Unterscheidung wird in der Praxis oftmals synonym verwendet (vgl.: <http://www.jugendbeteiligung-bw.de/index.php?id=27>); eine Differenzierung wie folgt könnte hilfreich sein: Beteiligung kann als jegliche Form des aktiven Mitmachens an (irgend) einer pädagogischen oder nicht-pädagogischen Aktivitäten (z.B. Fußball spielen), das hier eher dem freiwilligen Engagement entspricht, angesehen werden, wohingegen Partizipation - als Fachbegriff - eher auf die Artikulation eigener Interessen abzielt und damit tendenziell auf die Sphäre des Politischen anzielt (vgl: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202091/politische-beteiligung-politische-partizipation?p=all>; vgl. https://www.jugendarbeit-neckarsulm.de/dl_i/Partizipation_-_Zukunftsplan_Jugend.pdf, S. 6).

ermöglichen“ (Giesecke) hat sich lediglich verschoben. Im Arrangieren geht es weniger um eine intentionale pädagogische Einflussnahme, sondern um die absichtsvolle *Gestaltung von Lernumgebungen*. Die pädagogischen Aktivitäten verlagern sich idealtypisch in ihren Schwerpunkten weg vom pädagogischen Personal und hin zu deren Adressatinnen und Adressaten: more learning, less teaching. Die besondere Bedeutung der Methode des Arrangierens gerade für die Kinder- und Jugendarbeit liegt in deren konstitutiver Offenheit, ihrem Angebotscharakter und der vergleichsweise schwachen Strukturiertheit. Weil die Möglichkeiten der Lernkontrolle absichtsvoll gering sind, besteht in der pädagogischen Praxis des Arrangierens eine besondere Nähe zu offenem, lernerprobendem und experimentellem Handeln. Arrangieren kann folglich als ein pädagogisch gestalteter experimenteller „Versuchsaufbau“ verstanden werden, mit dem bestimmte Lernergebnisse in gewisser Wahrscheinlichkeit erwartet werden. Hierdurch wird die Verflechtung des Arrangierens mit dem besonderen Bildungsverständnis der Kinder- und Jugendarbeit deutlich; denn im Gegensatz zur (schul-orientierten) Steuerungs- und Kontrolldidaktik wird im Begriff der Selbst(!)-Bildung ein vorgegebenes Lernergebnis durch eigens eingebaute Chancen der Selbstorganisation aufgebrochen; und erst hierdurch werden Lernen, Aneignung und Bildung von Jugendlichen buchstäblich „frei gesetzt“.

Damit könnte das Arrangieren – als pädagogisch inszenierte „Bildung in Freiheit zur Freiheit“ (H. Kentler) – die demokratiepädagogische Antwort sein auf das sog. Böckenförde-Theorem: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. [...] Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht [...] mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“ (Böckenförde 1976, S.60)

Die damit verbundenen weiteren Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit bestehen zudem darin, das Wechselspiel auf pädagogischen und politischen Bühnen, von Konsens und Konflikt, von Tun und Lassen sowohl in formellen wie informellen Handlungsarenen zu beherrschen, um den Belangen von Kindern und Jugendlichen in Kooperation mit ihnen, wirksam Geltung in der (Kommunal-)Politik zu verschaffen. Kinder- und Jugendarbeit agiert hier als Vermittlungsinstanz zwischen der staatlich gewünschten Beteiligung „der Politik“ als Topdown-Ansatz in Form von sogenannter „invited participation“ und dem Engagement Jugendlicher „von unten“ aus der Zone „des Politischen, dem“ bottom-up Ansatz in Form von „uninvited“ oder „invented participation“: also uneingeladener oder kreativer Einmischungen (Wehling 2012). Damit befindet sich die Kinder- und Jugendarbeit mitten zwischen den Fronten; im Spannungsfeld zweier Zonen: zwischen den berechtigten Interessen des Staates und den nicht minder berechtigten Interessen von Kindern und Jugendlichen. Hier agiert sie – je nach Anforderung professionsethischer, advokatorischer,

demokratiekonzeptioneller, handlungspraktischer und kommunalpolitischer Aufgabenstellung – als Schleusenwärter, Durchlauferhitzer, Moderator, Lobbyist, Ausbremsler, Vermittler oder Demokratiebeschleuniger.

All diese neuen Herausforderungen werden im derzeit laufenden Praxisentwicklungsprojekt „JES! mit PEP vor Ort“ (2017-2019/20) – im Rahmen des Förderprogramms „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ der Landesregierung Rheinland-Pfalz erprobt und umgesetzt. Wesentliche Herausforderung der hier beteiligten sozialpädagogischen Fachkräfte besteht darin, drei verschiedene Ziel- und Durchführungsebenen auf der kommunalen Ebene (als designierter „Grundschule der Demokratie“) möglichst erfolgreich miteinander zu verkoppeln: 1. die jugend- bzw. partizipationsbezogene Ebene, 2. die jugendarbeitsbezogene Ebene und 3. die kommunalpolitische Ebene. Nur so kann annähernd gewährleistet werden, dass die Interessen und Themen junger Menschen wirksamen Eingang in die (kommunal)politischen Entscheidungsprozesse finden.

Autor

Professor Dr. Werner Lindner, Ernst-Abbe-Hochschule Jena

Literatur

Bedorf, T./Röttgers, K. (Hrsg.) (2010): Das Politische und die Politik. Frankfurt/Main.

Böckenförde, E. W. (1976): Staat, Gesellschaft, Freiheit. Frankfurt/ Main

Engelmann, S. (2017): Demokratie und Demokratieschutz. Zum Umgang mit einem Dilemma. Frankfurt/ Main.

Hidalgo, O. (2017): Die Antinomien der Demokratie. Frankfurt/ Main.

Liebold, S. u.a. (2018) (Hrsg.): Demokratie in unruhigen Zeiten. Festschrift für Eckard Jesse. Baden-Baden.

Lindner, W. (2014): Pädagogische Praktiken: Arrangieren. Stuttgart.

Mannewitz, T. (2018) (Hrsg.): Die Demokratie und ihre Defekte. Analysen und Reformvorschläge. Wiesbaden.

Oskar Negt (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen.

Schmidt, M.G. (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden.

Schreyer, P. (2018): Die Angst der Eliten. Wer fürchtet die Demokratie? Frankfurt/ Main

Wehling, P. (2012): From invited to uninvited participation (and back)? Rethinking civil society engagement in technology assessment and development. In: *Poiesis & Praxis*, 9. Jg., H. 1-2, S. 43-60.